

# Raus aus der Mitte?

## LSAP - Kommentar zur European Values Study (EVS)

*forum brachte im Juni (Nr. 217, S. 16-32) eine Vorausschau auf jene Ergebnisse der jüngsten European Values Study, die Licht auf politische Orientierungen und Werte der Luxemburger werfen. Zugleich bat forum die im Parlament vertretenen Parteien um einen Kommentar zu den Wertvorstellungen ihrer Wähler. Nachdem die Stellungnahmen. Nachdem die Kommentare von Déi Lénk, Déi Gréng, ADR und CSV bereits erschienen (Nr. 217, S. 33-44), folgt hier jener der LSAP.*

Für die LSAP ist das Jahr 2002 ein besonderes Jahr. Im Herbst stehen die offiziellen Feierlichkeiten ihres hundertjährigen Bestehens an. Ein Jubiläum, das verdient, gebührend gefeiert zu werden und zugleich eine willkommene Gelegenheit darstellt, sich mit der Positionierung dieser grossen Volkspartei auf dem politischen Schachbrett auseinanderzusetzen.

In diesem Zusammenhang liefert die EVS interessante Informationen und gibt teils Aufschluss über die doch recht verwobene Frage, ob das klassische Links-Rechts-Schema der politischen Lagerbezeichnung, welches zum tagtäglichen Sprachgebrauch der Politik sowie ihrer Kommentatoren zählt, heute noch gilt.

### Politische Selbsttortung der Parteien und ihrer potentiellen Wähler weitgehend deckungsgleich

Positiv stimmt, dass 75% der Befragten keine Mühe hatten, eine eigene politische Standortbestimmung auf ebendieser Links-Rechts-Skala vorzunehmen. So politisch desinteressiert, wie verschiedene Kommentatoren uns dies immer wieder glauben tun wollen, können die Bürger also gar nicht sein. Auch scheint die Behauptung, das Links-Rechts-Schema sei hoffnungslos überholt, wohl eher der Wunschwelt aseptischer Einheitsdenker zu entspringen.

Die politische Selbsttortung der Parteien anhand des klassischen Lagerdenkens deckt sich auch erstaunlich gut mit den jeweiligen Wahlintentionen der Befragten. So sehen sich potentielle LSAP-Wähler zu 45% links stehend, während 27% sich der politischen Mitte zurechnen. Mögliche CSV-Wähler geben zu gleichen Teilen (jeweils 39%) an, entweder der politischen Mitte oder des

rechten Lagers zugehörig zu sein. Die DP, welche den Anspruch erhebt, in ihrem Handeln die politische Mitte am besten zu repräsentieren, kann ihrerseits auf potentielle Wähler hoffen die sich zu 20% links, zu 14% rechts und zu 58% in der Mitte einordnen.

Wesentlich aufschlussreicher wird die EVS allerdings dann, wenn die Standortbestimmung auf dieser bipolaren Skala nach Alter, Bildungsstand, sozio-professionellem Hintergrund, politischen Grundsatzfragen und gesellschaftspolitischen Anschauungen aufgeschlüsselt wird. Einige hervorstechende Resultate verdienen es, nachfolgend kommentiert zu werden.

### Besorgniserregend: 54% der Jungen wählen nicht

Besorgniserregend sind die Resultate der EVS im Hinblick auf die jugendlichen Wähler unter 25 Jahren: 54% der Befragten dieser Alterskategorie sind potentielle Nichtwähler und empfinden dementsprechend auch grössere Schwierigkeiten, sich überhaupt auf der klassischen Links-Rechts-Skala einzuordnen. Mögliche Gründe hierfür gibt es viele; an einem jedoch ist die Politik selbst schuld: Themen, die die Jugend interessieren, gehören nicht unbedingt zum geläufigen Repertoire politischen Handelns.

Während dem Buhlen um die Gunst der Bevölkerung mittleren und hohen Alters ein wesentlicher Stellenwert im politischen Aktionsradius zukommt, werden die Bedürfnisse, Sorgen und Ängste der jungen Auszubildenden, Studenten, Arbeitnehmer und Familiengründer nicht immer genügend zur Kenntnis genommen und dementsprechend politisch aufgearbeitet. Dies stellt sonder Zweifel eine Herausforderung für die

---

**Die Behauptung, das Links-Rechts-Schema sei hoffnungslos überholt, scheint der Wunschwelt aseptischer Einheitsdenker zu entspringen.**

---

gesamte politische Klasse dar. Die LSAP ist jedenfalls gewillt, ihre politische Handlungsfähigkeit noch stärker als bisher in den Dienst der jungen Bürger zu stellen, auch, aber nicht nur, durch die Forderung nach mehr politischen Mitbestimmungsrechten für Jugendliche, z.B. durch die Herabsetzung des Wahlrechtsalters.

### **Erfreulich: LSAP-Wähler sind gesellschaftlich, politisch und gewerkschaftlich aktiv**

Erfreulich für die LSAP ist die Tatsache, dass potentielle LSAP-Wähler überdurchschnittlich aktive Bürger sind. Sie bevorzugen mehrheitlich eine Reformpolitik der kleinen Schritte und sind dafür auch bereit, aktiv in einer Partei oder einer Gewerkschaft mitzuarbeiten. Gegenüber 6% im Mittel, stellt der Anteil militanter LSAP-Wähler mit 16% eine zufriedenstellende Quote dar.

### **Teils widersprüchlich: Aussagen über die (soziale) Gerechtigkeit**

Teils widersprüchlich sind die Resultate der EVS im Hinblick auf die praktische Ausgestaltung des doch recht abstrakten Gerechtigkeitskonzepts.

Quer durch die politischen Lager verläuft eine klar mehrheitliche Meinung (61% im Schnitt), dass eine Gesellschaft nur dann gerecht sei, wenn die Einkommensschere nicht zu gross ist. Gleichzeitig aber sind zwischen 85% (Links-Positionierung) und 91% (Rechts-Positionierung) der Befragten der überwältigenden Meinung, dass Geld und Ansehen im Verhältnis zum jeweiligen Verdienst stehen sollen. Darüberhinaus geben 88% der Teilnehmer zu Papier, dass die Grundbedürfnisse eines Jeden befriedigt werden müssen.

Hier stossen das Leistungsprinzip und der tendenzielle Wunsch nach mehr Einkommensgleichheit im Kern der Gerechtigkeitsauffassung aufeinander.

Ein doch recht erstaunliches Ergebnis ... und eine Warnung an alle Puristen linker wie rechter Couleur: die Bevölkerung will einen zufriedenstellenden Lebensstandard für jedermann, wobei es als gerecht angesehen wird, dass verdienstvolle Menschen über mehr (aber auch wiederum nicht zuviel) Ansehen und Einkommen verfügen. Dies will kaum einer auf dem Altar gleichmacherischer Regulierungsbestrebungen oder rein leistungsbezogener Liberalisierungswut geopfert sehen.

### **Absage an private Rentenversicherungen und die Allmacht der Wirtschaftsbosse**

Während die Freiheit im allgemeinen als Grundwert gegenüber der Gleichheit bevorzugt wird, nehmen die Befragten unabhängig von ihrer Links-Rechts-Selbsteinschätzung eine unerwar-

tet eindeutige Haltung bezüglich der unternehmerischen Freiheit ein. Nur 19% der Befragten sind der Meinung, dass der Staat den Wirtschaftsbossen grössere Freiheiten zugestehen soll. Über 80% wollen stärkere Kontrollen, respektive den Status quo beibehalten. Gleichzeitig empfinden nur 20% der Umfrage-Teilnehmer die Konkurrenz als eine schlechte Sache.

In punkto Rentenfrage sind 55% (Links), 50% (Rechts), respektive 45% (Mitte) der Meinung, dass die Absicherung der Rentenleistungen alleinige Aufgabe des Staates sein soll: eine solide Absage demnach an private Finanzierungsmodelle.

### **Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit**

Summa summarum können diese Resultate als unmissverständlichen Wunsch einer breiten Mehrheit interpretiert werden, die soziale Marktwirtschaft westeuropäischer Prägung ohne Abstriche fortzuführen. Das Grundwerte-Triangel Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit (im Sinne von materieller und sozialer Absicherung) soll von der Politik im Gleichgewicht gehalten werden. Dies deckt sich nahezu mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Linie der LSAP und kommt einer Aufforderung gleich, ihre fortschrittlich-linke Politik in Sozialversicherungs- und Wirtschaftsfragen nicht wesentlich zu ändern.

Besonders die kategorische Ablehnung des Wirtschaftsliberalismus, welche bei den Rechten noch ausgeprägter als bei den Linken erscheint, zeigt auf, dass konturenlose, weichgespülte Lösungen aus der vermeintlich wahltaktisch so ergiebigen politischen Mitte nicht der Weisheit letzter Schluss sein dürfen.

### **Gesellschaftsfragen: Keine Angst vor der eigenen Courage**

Keine Angst vor der eigenen Courage sollte die LSAP in Gesellschaftsfragen haben. Seit langem bekannte Positionen der LSAP in Sachen Euthanasie, Abtreibung oder auch rechtliche Gleichstellung von homosexuellen mit heterosexuellen Paaren, müssen deutlicher zu Tage treten. Gleiches gilt für den Einsatz der LSAP in punkto Ausländerintegration, insbesondere durch die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Der EVS zufolge erhalten diese fortschrittlichen Haltungen der LSAP jedenfalls eine breitere Zustimmung als von konservativer Seite immer wieder gemutmasst. Nur je ein Drittel der Befrag-

---

**Die Ausländerpräsenz wird von der Hälfte der Befragten als kulturelle Bereicherung empfunden. Sie stellt eine Chance für Luxemburg dar, auch und gerade für die wirtschaftliche Entwicklung.**

---

ten sprechen sich gegen Homosexualität, Euthanasie und Abtreibung aus.

Die Ausländerpräsenz wird von der Hälfte der Befragten als kulturelle Bereicherung empfunden. Sie stellt eine Chance für Luxemburg dar, auch und gerade für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Ausländerintegration muss deshalb ein angemessener Stellenwert zukommen.

Als überaus positiv ist ebenfalls die Tatsache zu bewerten, dass die an der Umfrage teilnehmenden Bürger sich mit einer klaren Mehrheit von 72% für ein transparentes Finanzgebaren der Kirchen aussprachen. Während Befürworter und Gegner von staatlichen Finanzbeihilfen für die Kirchen sich die Waage hielten, waren knapp 2/3 der Befragten sich einig, dass die Kirchen über die Verwendung der ihnen zugestandenen Steuergelder öffentlich Rechenschaft ablegen müssen. Die LSAP wird auch in diesem Politikbereich ihre Rolle zu spielen haben. Heutzutage muss jede Vereinigung ohne Gewinnzweck dem Staat belegbare Nachweise für die Verwendung öffentlicher Gelder liefern. Dies aufgrund von gesetzlichen Regeln, die für jeden gelten, der in den Genuss von staatlichen Finanzbeihilfen kommt.

### Fazit: Links ist noch in!

Die EVS hat aufgezeigt, dass das politische Links-Rechts-Schema von den meisten Bürgern noch immer als Instrument politischer Selbstorientierung verstanden wird. Gilt die gleiche Feststellung auch für die politischen Parteien?

Hoffentlich, ist man geneigt zu antworten. Denn all jene, die den Drang zur mythischen

Mitte allzu heftig verspüren, unterschätzen das elementare Bedürfnis der Menschen nach klar absteckbaren Orientierungspunkten und politischen Alternativen, die als solche erkennbar sind. Nicht nur inhaltlich, auch personell.

Die eingangs der EVS getätigte Feststellung, dass jeweils nur 15% sich allgemein links oder rechts einordnen, während 38% glauben, politisch in der Mitte zu stehen, sollte jedenfalls wenig schrecken. Könnte es nicht sein, dass diese Selbstortung ein unumgängliches Resultat darstellt, wenn politische Parteien versucht sind, ihre in der Demokratie enorm wichtige Meinungsbildungsfunktion zu vernachlässigen? Die eigene Stammwählerschaft kann nicht mobilisiert, die unentschlossenen Wechselwähler nicht gewonnen werden, wenn nur dritte Wege und neue Mitten am Horizont aufgezogen werden.

Die LSAP stand und steht jedenfalls links. Auf der Seite der Fortschrittlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Toleranz. Sie muss nicht raus aus der politischen Mitte. Sie war nie drin.

Mit einem neuen Grundsatzprogramm und klaren politischen Aussagen zur Aktualität wird die LSAP als grösste Oppositionspartei und, wenn der Wähler es denn in zwei Jahren so will, auch in der Regierung dieser politischen Orientierung weiterhin gerecht werden.

Die LSAP ist eine linke Volkspartei des 21. Jahrhunderts.

**Jean Asselborn**

Präsident der LSAP

**Die LSAP stand und steht jedenfalls links. Auf der Seite der Fortschrittlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Toleranz. Sie muss nicht raus aus der politischen Mitte. Sie war nie drin.**



Renée Wagener schildert in diesem Buch die Entwicklung, die 1919 zur Einführung des Frauenwahlrechts führten, und sie untersucht den tatsächlichen Beitrag der Parteien und der Frauenbewegung zur Umsetzung dieser Forderung.

Aber auch die Folgen der politischen Gleichberechtigung werden betrachtet:

Inwieweit führte das Frauenwahlrecht zur aktiven Beteiligung der Frauen an parlamentarischer und kommunaler Politik? Veränderten sich die bestehenden Frauenorganisationen, bildeten sich neue heraus? Führt das Wahlrecht zu einer politischen Bewusstseinsbildung der Frauen?

Renée Wagener: "... wie eine frühreife Frucht" - Zur Geschichte des Frauenwahlrechts in Luxemburg. Edition *forum* 1994. 121 Seiten. Euro 9, 90.

Zu beziehen bei

*forum*, 1, place St. Cunégonde, L-1367 Luxemburg,  
Tel. 424488, Fax 424499